iwd

Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

Schweden | 05.09.2022 | Lesezeit 2 Min.

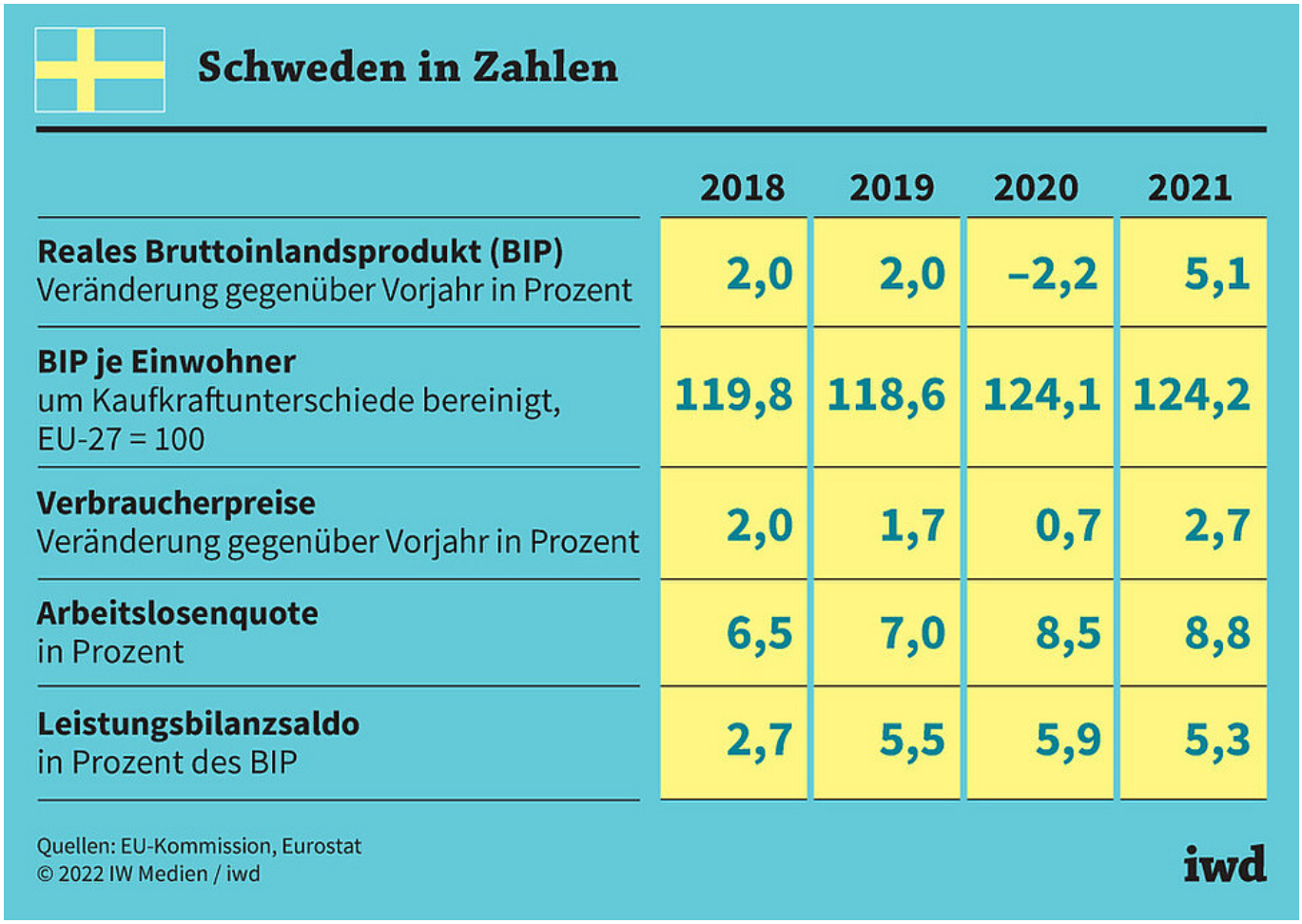
Schweden: Wahl im Königreich der Sonderwege

Am 11. September wählt die schwedische Bevölkerung ihren Reichstag neu. Die Wahl von 2018 hatte zwar keine dauerhaft stabile Regierung hervorgebracht, wirtschaftlich erfolgreich ist das Land mit seinen knapp 10,4 Millionen Einwohnern dennoch. Und mit Blick auf erneuerbare Energiequellen gilt es als Vorreiter.

Die parlamentarische Monarchie Schweden ist seit 1995 Teil der EU. Bald dürfte das Land zudem Mitglied der NATO werden – formell hat das Verteidigungsbündnis Schweden eingeladen und die Skandinavier haben den entsprechenden Antrag gestellt. Denn seit Russland die Ukraine überfallen hat, ist die Stimmung in Schweden gekippt. Statt auf Neutralität setzt man nun auf enge militärische Bande mit dem Westen.

Der wiederum blickt interessiert in den Norden, denn in Schweden läuft einiges anders. So hatte sich der Staat entschieden, in der Corona-Pandemie auf harte Lockdown-Maßnahmen zu verzichten – Freiwilligkeit war das Gebot der Stunde. Zumindest aus wirtschaftlicher Sicht zahlte sich das aus (Grafik):

2020 sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Schwedens um lediglich 2,2 Prozent, während das deutsche um 5 Prozent nachgab.



Das BIP pro Kopf liegt in Schweden aktuell um fast ein Viertel über dem EU-Durchschnitt.

> Bei erneuerbaren Energien ist Schweden Vorreiter, die Klimaziele sind ambitioniert, die Probleme dabei ähneln mit Blick auf das Stromnetz jenen in Deutschland.

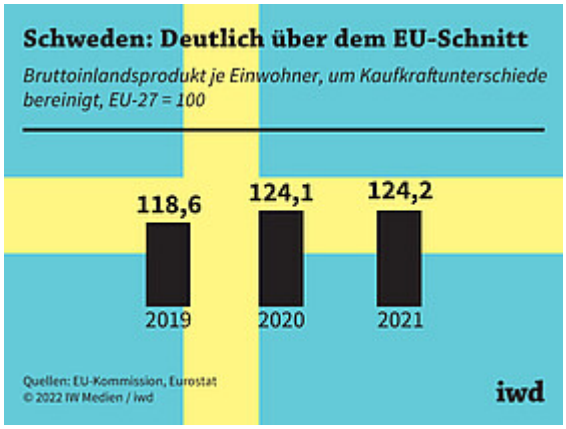
Der Arbeitsmarkt ist derweil nicht frei von Problemen. Denn während die Nachfrage nach qualifiziertem Personal hoch ist, finden jene mit niedriger Qualifikation laut Analyse der EU-Kommission oft keinen Job. Die Arbeitslosenquote steigt seit Jahren, 2021 lag sie bei 8,8 Prozent.

Neidisch blickt Europa indes auf Schwedens Energiesektor. Der Anteil erneuerbarer Energien ist hoch, die Abhängigkeit von Russland minimal:

Im Energiemix kommt Erdgas in Schweden auf lediglich 3 Prozent, von den entsprechenden Importen stammen nur 13 Prozent aus Russland. Erdöl macht zwar mit 18 Prozent einen größeren Anteil an der Energieversorgung aus, aber auch hier ist die Abhängigkeit von Russland überschaubar.

Ohnehin hat sich Schweden ambitionierte Klimaziele gesetzt – bis 2040 will es seine Energie zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen gewinnen, ab 2045 per saldo kein Kohlendioxid mehr ausstoßen. Das Land stößt dabei allerdings auf ähnliche Probleme wie Deutschland: Das Stromnetz muss ausgebaut werden, um beispielsweise Energie, die im Norden aus Wasserkraft gewonnen wird, bis in den bevölkerungsreichen und wirtschaftsstarken Süden zu transportieren.

Infrastrukturprojekte sind also eine der Aufgaben für die neue Regierung, die am 11. September gewählt wird – so es denn nach der Wahl überhaupt zu klaren Machtverhältnissen kommt. Das Besondere in Schweden: Ein Regierungschef muss nicht von der Mehrheit des Parlaments gewählt werden. Er reicht, wenn ihn nicht mehr als 50 Prozent der Abgeordneten ablehnen. Minderheitsregierungen sind daher nicht ungewöhnlich.



Kernaussagen in Kürze: